



29 Doping-Opfer der DDR kommen aus dem Nordosten

Was weiß die Landesregierung über Doping-Opfer im DDR-Sport? Die Grünen im Landtag kritisieren mangelnde Aufklärungsarbeit. "Dabei wurden Kinder für Medaillen verheizt", so Silke Gajek. Betroffen ist wohl auch der SC Neubrandenburg.

Schwerin/ Neubrandenburg. Mindestens 29 Sportlerinnen und Sportler sind zu DDR-Zeiten in den drei Nordbezirken Neubrandenburg, Schwerin und Rostock systematisch gedopt worden. Erstmals hat die Landesregierung jetzt diese Zahl genannt, nachdem die Grünen-Fraktion im Landtag eine entsprechende parlamentarische Anfrage gestellt hatte. Das könnte aber nur die Spitze des Eisberges sein - denn es handelt sich bei der Zahl lediglich um die, die der Regierung bekannt ist, wie es in der Antwort, die dem Nordkurier vorliegt, heißt.

Dort ist auch aufgelistet, dass gegen 20 Beschuldigte Ermittlungen wegen Zwangsdopings geführt wurden - eine Ärztin, fünf Ärzte, eine Trainerin und 13 Trainer. Lediglich gegen einen Trainer und einen Arzt wurde letztlich je ein

rechtskräftiger Strafbefehl erlassen. Nach Erkenntnissen der bundesweit agierenden Doping-Opfer-Hilfe könnte es sich bei den Opfern um Sportler des SC Neubrandenburg, des SC Empor Rostock, des ASK Vorwärts Rostock und des SC Traktor Schwerin handeln, sagte eine Sprecherin. Vorsitzende des Vereins ist die ehemalige DDR-Weltklasse-Sprinterin Ines Geipel.

Die Landesregierung scheint indes weniger an dem Thema interessiert zu sein: Die Namen der betroffenen Athleten sind dem Bildungs- und Justizministerium nicht bekannt, hieß es auf Nachfrage des Nordkuriers. Beide Ressorts hatten gemeinsam auf die Anfrage der Grünen geantwortet. Ebenso wenig wisse man, welche Vereine beziehungsweise Institutionen betroffen sind. Diese Informationen lägen

nur der Staatsanwaltschaft Schwerin vor, die das Thema seinerzeit schwerpunktmäßig bearbeitete. Die Staatsanwaltschaft verwies am Dienstag aus Zeitgründen auf eine spätere Antwort.

Die sportpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Silke Gajek, kritisiert, dass die Aufarbeitung durch die Landesregierung zu wünschen übrig lasse: "Was unternommen wurde, ist reichlich dürftig. Es gibt noch viele weiße Flecken", sagte Gajek. Ihre Fraktion prüfe nun, ob man per Landtagsantrag die Einrichtung einer Forschungsstelle für fünf Jahre fordern will. Für die Opfer gäbe es bis heute keine Absicherung. "Schon 13-jährigen Mädchen wurde die Pille und Anabolika verabreicht. Solches Unrecht muss aufgearbeitet werden", fordert sie.